

Eingangsstatement auf der Bundespressekonferenz

Friedensgutachten 2023 \ Noch lange kein Frieden

Wir befinden uns mittlerweile im zweiten Jahr eines Angriffskriegs in Europa, der zusehends grausamer vorangetrieben wird, mit unzähligen Kriegsverbrechen, darunter jüngst die Zerstörung eines Staudamms in der Region Cherson. Nach allem, was wir in der Forschung über zwischenstaatliche Kriege wissen und wie dieser Krieg verläuft, ist in naher Zukunft kein Frieden in Sicht.

Der Krieg greift inzwischen deutlich auf die europäische und die globale Ordnung aus: Er unterminiert notwendige Kooperation in internationalen Institutionen, etwa zur Bekämpfung von Hunger, zur Bearbeitung weiterer aktueller oder drohender Gewaltkonflikte wie im Iran oder im Sahel, zum Klimawandel oder in der Rüstungskontrolle, und er treibt die gesellschaftliche Polarisierung an.

Der Krieg in der Ukraine wird Deutschland, Europa und die Welt noch sehr lange begleiten, und darauf müssen die Bundesregierung und die Bevölkerung vorbereitet sein: Die Friedensforschungsinstitute empfehlen der Bundesregierung darum eine langfristig angelegte Doppelstrategie im Umgang mit dem Krieg zu entwickeln, die auf Verantwortung und Glaubwürdigkeit setzt:

1. muss sie die Ukraine militärisch, ökonomisch und politisch in Kooperation mit den transatlantischen und europäischen Partnern weiter nach Kräften unterstützen. Dies wird vermutlich auf sehr lange Zeit notwendig sein und es wird immense Ressourcen erfordern. Darum muss diese Notwendigkeit gegenüber der Bevölkerung schon jetzt offen dargelegt und um Unterstützung dieses Kurses geworben werden;
2. muss die Bundesregierung Vermittlungs- bzw. Verhandlungsinitiativen bereits jetzt vorbereiten. Dazu zählt, Staaten und geeignete Persönlichkeiten in einer internationalen Kontaktgruppe zusammenzuführen, in Kooperation mit gleichgesinnten Regierungen mögliche Verhandlungsgegenstände zu skizzieren und Lösungsansätze zu diskutieren. Dazu gehört auch, belastbare und glaubwürdige Sicherheitsgarantien für die Ukraine zu organisieren. Es wäre ratsam, dafür Initiativen aus nicht-westlichen Staaten, etwa aus China oder Brasilien, soweit möglich einzubinden.

Ein Einstellen der militärischen Unterstützung der Ukraine zugunsten von sofortigen Friedensverhandlungen, wie es bisweilen in Offenen Briefen, Manifesten und teils auch auf Demonstrationen gefordert wird, wird nach unserem Wissensstand keinen nachhaltigen Frieden bringen. Die sich daraus ergebende militärische Niederlage der Ukraine würde voraussichtlich deren Zerschlagung nach sich ziehen, einhergehend mit einer Besatzungspraxis von Folter, Verschleppung, sexueller Gewalt und gezielten Tötungen, die wir bereits jetzt in den von Russland besetzten Gebieten beobachten. Darüber hinaus steht zu befürchten, dass Russlands Expansionsdrang damit nicht abnehmen, sondern – nach einer Erholungsphase – eher zunehmen wird. Dies würde die Sicherheitssituation in Europa weiter verschlechtern. Gegenwärtig sind Friedensverhandlungen daher weder für die Ukraine noch für Europa eine realistische Option. Sie müssen aber immer mitgedacht und schon jetzt vorgeplant werden.

Die Unterstützung der Ukraine verlangt Deutschland und Europa schon jetzt vieles ab: Die Ausrüstungsbestände gehen zur Neige, Inflation und Verschwörungstheorien in öffentlichen Debatten feuern gesellschaftliche Polarisierung an, und in Zeiten knapper Kassen müssen die Regierungen wieder in Militär und Abschreckung investieren. Ist schon dies eine Mammutaufgabe, darf die deutsche und die europäische Außen- und Sicherheitspolitik dennoch nicht dabei stehen bleiben, sondern muss friedenspolitische Handlungsspielräume nutzen und erweitern, denn: Die Gewaltkonflikte nehmen weltweit zu. Trotz einiger positiver Entwicklungen, etwa im Konflikt in Tigray oder im Jemenkonflikt, bleibt die Lage in vielen Konfliktregionen prekär, wie erst jüngst die eskalierende Rivalität zwischen den beiden mächtigsten Generälen im Sudan deutlich gemacht hat. Diese Konflikte dürfen nicht im Schatten der Ukraine vergessen werden. Sie verlangen nach diplomatischen Lösungen und gezielten Maßnahmen, um Gewalt einzudämmen oder sie gar nicht erst ausbrechen zu lassen.

In diesem Kontext ist es von zentraler Bedeutung, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit nicht sicherheitspolitisch zu vereinnahmen. Die großen Krisen der Gegenwart – Klimawandel, Covid 19-Pandemie und nun der Krieg – haben die sozioökonomische Lage in vielen Ländern des sogenannten Global Südens dramatisch verschärft. Das verlangt nach mehr Hilfe, vor allem aber nach glaubwürdigen Partnerschaften, die diesen Ländern helfen, die gegenwärtigen Krisen zu meistern und zukunftssicherer zu werden. Je mehr aber Hilfe und Zusammenarbeit unter rein sicherheitspolitischen Erwägungen diskutiert werden, desto stärker wird ihre Glaubwürdigkeit in Frage gestellt. Lassen Sie uns das ganz klar sagen: Natürlich gibt es sicherheitspolitische Interessen, mit Ländern des Globalen Südens enger zusammenzuarbeiten, aber sie dürfen nicht diktieren, mit wem die Bundesregierung kooperiert. Das muss vielmehr an den lokalen Bedürfnissen in den betroffenen Gesellschaften gemessen werden, sonst droht jedes Engagement zu verpuffen oder noch schlimmer, gegenteilige Effekte zu erzeugen, weil die jeweiligen Empfängerländer sich noch stärker von Europa abwenden.

In vielen der Gewaltkonflikte der Gegenwart lässt sich beobachten, dass nichtstaatliche Gewaltakteure eine immer größere Rolle spielen. Das gilt für vollständig entstaatlichte Konflikte wie etwa jenen zwischen Drogenkartellen in Lateinamerika. Sie haben allein durchschnittlich 20.000 Tote pro Jahr verzeichnet. Das gilt aber auch für bezahlte Söldner, wie die Gruppe Wagner, die zusätzlich zur Ukraine insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent aktiv sind, mit teils deutlich destabilisierenden Effekten auf diese Konflikte, wie jüngst im Sahel zu beobachten. Diese Gruppierungen sollten generell geächtet werden. Die Gruppe Wagner gehört auf Sanktionslisten, um ihre Finanzströme zu unterbinden.

Neben dem Anstieg an Gewaltkonflikten ist auch die global beschleunigte Aufrüstung ein Gefahrenpotenzial für den Frieden, auf das die Friedensforschungsinstitute aufmerksam machen wollen: So sehr gegenwärtig die Debatten davon bestimmt werden, wie die Kapazitäten der Rüstungsindustrie so angehoben werden können, dass die Ausrüstungsbedarfe der Ukraine und der sie unterstützenden Partner abgedeckt werden können, so wenig darf darüber vergessen werden, dass Rüstungswettläufe ein besonderes Risiko der Gewalteskalation bergen.

Ein neuerlicher Rüstungswettlauf muss verhindert werden. Russland fällt auf absehbare Zeit als vertrauenswürdiger Partner aus. Der Kreml hat nicht nur den letzten verbleibenden Vertrag über die Beschränkung nuklearer Offensivwaffen Anfang des Jahres ausgesetzt hat, sondern systematisch versucht, auch die Rüstungskontrollvereinbarungen im Bereich der Chemie- und Biowaffen ebenso wie den Nichtverbreitungsvertrag zu unterminieren.

Nun muss es darum gehen, Rüstungskontrolle auf Krisenstabilität umzustellen. Das heißt, mehr Kommunikationskanäle in bestehende Vereinbarungen einzubauen, die helfen können, Fehlwahrnehmungen und tragische „Unfälle“ zu vermeiden. Für die Zeit nach dem Krieg empfehlen wir, eine größere Zahl von Staaten in die Rüstungskontrolle einzubeziehen und wieder an Erfolge

im Bereich der Transparenzsicherung und der vertrauensbildenden Maßnahmen anzuknüpfen. Das alte, weitgehend bilaterale Rüstungskontrollregime gehört mit dem Krieg in der Ukraine der Vergangenheit an, die Zukunft wird multilateral sein. Darum ist es schon jetzt sinnvoll, entsprechende Vereinbarungen vorzubereiten und bei interessierten Staaten um Unterstützung zu werben.

Generell wollen wir daran erinnern, dass die Bundesregierung ihr Möglichstes tun sollte, um die regelbasierte Ordnung weiter zu stützen und zu stärken. Dazu zählt die Unterstützung der Vereinten Nationen durch eine ausreichende und sichere Finanzierungsgrundlage, die Pflege der noch funktionierenden internationalen und regionalen Sicherheitsorganisationen und die Suche nach Gleichgesinnten, um neue Kooperationsinitiativen für die drängenden Menschheitsprobleme zu starten.

Ein weiteres Feld friedenspolitischer Relevanz, das gegenwärtig im Fokus der Politik steht, ist das der Handels- und Wirtschaftspolitik. Viel ist gegenwärtig die Rede von notwendiger Entflechtung von Handelsbeziehungen etwa mit China, aber auch mit anderen Autokratien, als Lehre aus dem Krieg gegen die Ukraine.

Verflechtung kann zwar den Frieden nicht aus sich heraus erhalten, schon gar nicht wenn sie extrem asymmetrisch ausgestaltet ist. Aber sie stellt ein Hemmnis für Waffengänge dar und ist deswegen grundsätzlich erhaltenswürdig. Ein übermäßiger Abbau der Verflechtungen mit China, wie er derzeit diskutiert wird, ist mithin nicht empfehlenswert. Das würde nur dazu führen, dass die Kosten für einen möglichen Krieg Chinas gegen Taiwan noch weiter abgesenkt würden und politische Hebel (etwa Sanktionen) aus der Hand gegeben werden. Im Verhältnis mit China kommt es dagegen darauf an, kontrollierte Entflechtung vorzunehmen, das heißt in kritischen Bereichen, in denen eine ungünstige Asymmetrie deutlich hervortritt, Gegenmaßnahmen mittels Diversifizierung und dem Aufbau von Vorhaltekapazitäten zu entwickeln. Um diese Bereiche zu identifizieren, sind allerdings regelmäßige Analysen wichtig, die eine solche Einschätzung auf belastbare Kriterien stützen.

Ebenso abzuraten ist von ebenfalls diskutierten Strategien des sogenannten *friendshoring*, also des Versuchs, nur mit gleichgesinnten Demokratien Handel zu betreiben: Weder sind die benötigten Rohstoffe in aller Regel in Demokratien zu finden, noch ist es ratsam, eine weitere Frontstellung von Demokratien gegen Autokratien aufzubauen. Vielmehr muss es darum gehen, vom *friendshoring* zum *making-friends-shoring* überzugehen, das heißt neue Handelspartner zu gewinnen, auch wenn diese (noch) keine etablierten Demokratien sind. In diesem Kontext ist eine engere Zusammenarbeit zwischen Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nötig, um Ländern des Globalen Südens glaubwürdige Angebote zu machen, die ihre Interessen in den Vordergrund stellen und das auch und gerade im Bereich der Energiewende, aber nicht nur.

Die aktuelle Bundesregierung hat sich eine werteorientierte und feministische Außenpolitik auf die Fahnen geschrieben und das mit guten Gründen. Diese Prinzipien umzusetzen, ist jedoch herausfordernd, das zeigen nicht nur der Krieg in der Ukraine, sondern auch andere Krisen und Konflikte wie etwa im Iran. Das Regime im Iran reagiert mit maßloser, kaltblütiger Repression auf die anhaltenden Proteste für die Rechte von Frauen und Mädchen im Land. Die Vergiftungen an Mädchenschulen und die fortgesetzten Hinrichtungen demonstrieren seine menschenverachtende Natur mehr als deutlich. Dennoch bleiben harte Sanktionen aus, weil man fürchtet, dass damit die letzte Hoffnung auf die Rettung des Nuklearabkommens zerstört würde. Wenn eine wertegeleitete und feministische Außenpolitik glaubwürdig sein will, dann muss sie Zielkollisionen offen legen und ihr – im Einzelfall – abweichendes Verhalten öffentlich erklären und deutlich machen, unter welchen Umständen sie bereit ist, von den eigenen Prinzipien abzurücken.

Glaubwürdigkeit und Verantwortung sind auch die Stichworte, die mit Blick auf die öffentlichen Debatten angesichts multipler Krisenerfahrungen von großer Bedeutung sind. Verschwörungstheorien haben sich schon während der Covid 19-Pandemie verstärkt verbreitet. Mit dem Krieg in der Ukraine haben sie nochmals deutlich zugenommen, gepaart mit gezielter Desinformation in den sozialen Medien durch russische Gruppierungen. Beides trägt zur Polarisierung gesellschaftlicher Debatten bei in einer Phase, in der die Bevölkerung ohnehin bereits verunsichert ist, welche konkreten Folgen diese Krisen und dieser Krieg für ihr Leben haben werden. Die Bundesregierung täte daher gut daran, Beratungs- und Bildungsprogramme, wie sie beispielsweise das Demokratiefördergesetz vorsieht, weiter auszubauen und ihre Finanzierung langfristig sicherzustellen.

Zugleich rufen wir alle Parteien und politischen Akteure dazu auf, sich der eigenen Verantwortung für die Debattenkultur bewusst zu werden und die Polarisierung nicht durch den leichtsinnigen Gebrauch entwertender und diffamierender Sprache für die Zwecke der politischen Konkurrenz zu befeuern. Dies trägt nicht nur maßgeblich zur Polarisierung bei, sondern beschädigt die Glaubwürdigkeit aller Parteien und politischen Akteure sowie der Institutionen der Willensbildung in einer Demokratie.

Wir mögen noch lange keinen Frieden haben, aber wir können noch mehr dafür tun, dass lange nicht zu lang wird.

Die herausgebenden Institute

Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen

Pressekontakt

Dr. Ursula Grünenwald

Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK/PRIF)

gruenenwald@hsfk.de

Telefon +49 69 959104-13

www.friedensgutachten.de

Twitter: [@PeaceReport](https://twitter.com/PeaceReport) #friedensgutachten

